



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 01. Februar 2019

Band 13, Ausgabe 2

Themen

- **Wirtschaft**
- **Apotheken**
- **Recht**

„Dieses Jahr 2019 ist nicht nur ein Jahr der Erneuerung, sondern auch der neuen Zusammenarbeit“

(CSU-Vorsitzender Markus Söder am Dienstag im Gespräch mit Annegret Kramp-Karrenbauer mit Blick auf den im vergangenen Sommer eskalierten Streit zwischen den ehemaligen Vorsitzenden der Unionsparteien)

In dieser Ausgabe:

Erwirtschaften vor Verteilen	2
Pakt für den Rechtsstaat	2
Stärkung der Kultur im	3
Konzept gegen Kindesmissbrauch	3
High-Tech-Strategie 2025 auf gutem Weg	3
Apotheken und Versandhandel	4

Gemeinsam sind wir stärker

Nach der CDU hat nun auch die CSU mit Markus Söder einen neuen Parteivorsitzenden gewählt, dem wir im neuen Amt viel Erfolg und eine glückliche Hand wünschen. Wir brauchen mehr denn je ein gemeinsames Agieren, denn in den nächsten Wochen und Monaten liegen große Vorhaben vor uns.



Nachdem wir Mitte vergangenen Jahres sozusagen „in den Abgrund geschaut“ haben, ist es gut, dass sich Annegret Kramp-Karrenbauer und Ministerpräsident Markus Söder diese Woche über das gemeinsame zukünftige Vorgehen der beiden Parteien in Berlin ausgetauscht haben. So wird unsere Fraktionsgemeinschaft weiter ohne größere Störmanöver an der Lösung von Problemen weiterarbeiten können, was angesichts der vielfältigen Herausforderungen, denen wir uns vom Brexit über den Euro, die Demographie, Sicherheitsbelange bis hin zur Zuwanderung und des Erstarkens

neuer Parteienkonkurrenz gegenüber sehen, auch dringend notwendig erscheint.

Zurecht hat Markus Söder mahndend auf erste „Gelbwesten-Demos“ in Deutschland“ hingewiesen. Und in der Tat ist das „Dieselthema“ eines, das die kommenden Wahlen maßgeblich mit beeinflussen kann. CDU und CSU müssen sich bewusst sein, dass sowohl die AFD als auch die Grünen die zentralen Mitwettbewerber bei den kommenden Wahlen sind. Und keiner dieser beiden Parteien sind Heilige, im Besitz der alleinigen Wahrheit oder gar alleine auf der hellen Seite der Macht.



Positiv ist vor diesem Hintergrund, dass Söder auf vergangenheitsorientierte Kritik an Angela Merkels Politik der offenen Grenzen verzichtet hat. Umso intensiver müssen wir für die Zukunft weitere Schritte gehen, um die Zuwanderung zu be-

grenzen. Wir müssen daher die Grünen beim Thema sichere Herkunftsstaaten stellen. In der Nachbarschaftspolitik mit Afrika muss durchgesetzt werden, dass Migranten ohne Schutzanspruch zurückgenommen werden. Das ist der Bereich, wo wir sehr, sehr schnell in der Bevölkerung eine große Akzeptanz finden können, ohne dass wir alles neu machen müssen.

Annegret Kramp-Karrenbauer hat für den 27. April den Auftakt der heißen Phase für „einen wirklich guten Europawahlkampf“ mit Auftritten Merkels und des CSU-Vizes Manfred Weber, des EVP Spitzenkandidaten, angekündigt, so dass die angestrebten 40% auch tatsächlich erreicht werden..

Ab Herbst sollen zahlreiche Veranstaltungen anlässlich des 30. Jahrestages des Mauerfalls organisiert werden. Denn auch für die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen wollen wir unseren Landesparteien und Kandidaten den bestmöglichen Rückenwind für gute Wahlergebnisse geben.

Erwirtschaften vor Verteilen

Die deutsche Wirtschaft wächst auch im Jahr 2019 - allerdings langsamer als erwartet. Die Bundesregierung hat in ihrem Jahreswirtschaftsbericht die Konjunkturprognose auf 1,0 Prozent Wachstum für das Jahr 2019 gesenkt. Das Wachstum geht vor allem auf die starke Binnenwirtschaft zurück, so dass zumindest die Möglichkeit einer beginnenden Rezession im Raum steht.

Auch dank einer weiter steigenden Beschäftigung ist der Binnenmarkt derzeit noch stabil. Von einer Krise müssen wir bislang also noch nicht reden. Aber die Stimmung hat sich ohne Zweifel eingetrübt, der ifo Geschäftsklimaindex ist im Januar auf den niedrigsten Wert seit Februar 2016 gefallen, die Geschäftserwartungen sind erstmals seit Dezember 2012 pessimistisch. Der Aufschwung endet eher früher als später.

Die beiden größten Volkswirtschaften USA und China üben sich gegenseitig mit Sanktionen und die hoch verschuldeten Schwellenländer leiden unter den plötzlich anziehenden Zinsen im Dollarraum. In einer Exportnation wie der unseren drückt das natürlich auf die Stimmung. Zu allem Überfluss droht nun noch ein ungeregelter Brexit. Großbritannien ist unser dritt-wichtigster Exportmarkt und könnte in Kürze den gleichen Handels-Status haben wie beispielsweise Uganda. Dass uns das sehr schaden würde, dürfte jedem klar sein.

Um neuen Schwung zu fassen, neue Märkte zu erobern brauchen wir wieder mehr Freiräume für wirtschaftliche Initiative in Deutschland. In den letzten Jahren haben wir zu viel reguliert und zu viel umverteilt - jetzt müssen wir wieder mehr ans Erwirtschaften denken.



Derzeit bereiten wir in der Fraktion eine Strukturreform der Unternehmenssteuern vor. Dabei geht es um Steuerentlastung - die gesamte Belastung sollte inklusive Gewerbesteuer nicht höher als 25 Prozent liegen - aber auch um Vereinfachungen. Wir müssen steuerliche Benachteiligungen unserer vielen Familienunternehmen gegenüber Kapitalgesellschaften abstellen.

An anderen Stellen sind die Regeln für unsere Unternehmen viel zu kompliziert. Deswegen muss das anstehende Bürokratieabbaugesetz III ein Erfolg werden. Abgesehen davon wäre unseren Unternehmen in vielen Bereichen wahrscheinlich allein schon dadurch geholfen, wenn man eine gewisse Zeit auch neue Regulierungen verzichten würde.

Pakt für den Rechtsstaat

Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder haben diese Woche den Pakt für den Rechtsstaat geschlossen.

Das ist ein großer Erfolg. Nur in der Zusammenarbeit, nur wenn Bund und Länder in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich konkrete Maßnahmen umsetzen, kann die Justiz wirksam gestärkt werden. Der gemeinsame Pakt für den Rechtsstaat war und



ist ein Kernanliegen der Unionsfraktion. Uns war wichtig, den Pakt in den Koalitionsvertrag aufzunehmen, und nun wird er umgesetzt.

Die Länder verpflichten sich, bis Ende 2021 insgesamt 2 000 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte zu schaffen. So können Verfahrenszeiten verkürzt werden. Auch die Polizei wird aufgestockt. Außerdem werden wir die Verfahren vor Gericht beschleunigen und vereinfachen. Die Umsetzung dieses Vorhabens wird der nächste

wichtige Schritt sein. Es ist dringend notwendig, die Strafverfahren zu vereinfachen und zu verhindern, dass sie durch Missbrauch bestimmter Verfahrensrechte verschleppt werden.

Für und in der Unionsfraktion ist der Schutz der Bürger die zentrale Aufgabe des Staates. Die Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass Verfahren schnell entschieden werden. Nur eine schnelle und effiziente Justiz kann Kriminalität nachhaltig bekämpfen. Wir werden uns für eine schnelle Umsetzung der Maßnahmen einsetzen.

Stärkung der Kultur im ländlichen Raum

Im Koalitionsvertrag haben wir uns die Stärkung der Kulturarbeit außerhalb der Metropolen sowie die Angleichung der Lebensverhältnisse zum Ziel gesetzt. Mit dem diese Woche behandelten Antrag unterstreicht unsere Fraktion die Bedeutung dieses Ziels und wollen im Zusammenwirken mit den Ländern die kulturelle Infrastruktur und föderale Vielfalt in der Fläche erhalten und ausbauen.

Wir sind überzeugt: Eine kulturelle Grundversorgung gehört zur regionalen Daseinsvorsorge, bei der insbesondere strukturschwache Regionen vor große Herausforderungen gestellt werden.

Zu den Kernforderungen unseres Antrages zählen deswegen die Fortsetzung und Stärkung

bereits erfolgreicher Programme wie des Denkmalschutzsonderprogramms, des Orgelanierungsprogramms und der Programme der Kulturstiftung des Bundes. Darüber hinaus setzen wir uns für die gesamtdeutsche Ausweitung des Programms "Invest-Ost", ein neues Zukunftsprogramm Kino und die Stärkung etwa von Bibliotheken oder soziokulturellen Zentren ein.



Konzept gegen Kindesmissbrauch

Für uns in der Unionsfraktion gehört der Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen zu den wichtigsten kinderpolitischen Aufgaben. Es ist eine unhaltbare Situation, wenn sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche überhandnehmen sollte.

Unsere Fraktion arbeitet gerade an einem umfassenden Konzept gegen den sexuellen Kindesmissbrauch. Dies enthält drei

Elemente: Bessere Hilfe, bessere Prävention, bessere Strafverfolgung. So brauchen wir eine bessere Unterstützung der Betroffenen, zum Beispiel durch den Ausbau von Trauma- und Gewaltschutzambulanzen sowie spezialisierter Fachberatung.

Wir brauchen aber auch konsequente und harte Strafverfolgung bei der Bekämpfung von Missbrauch – auch gegen Missbrauch im Netz. Wir

müssen endlich durchsetzen, dass der Schutz von Daten nicht über dem Kinderschutz stehen darf. Wir unterstützen die Forderung des Unabhängigen Beauftragten, eine Meldepflicht für Internet Provider bei Verdacht auf Kinderpornographie einzuführen. Und wir wollen Ermittlungsbehörden alle Instrumente an die Hand geben, Kindesmissbrauch und Kinderpornographie zu verhindern. Sie müssen überall gegen Kinderpornographie ermitteln können, auch im sogenannten Darknet.



High-Tech-Strategie 2025 auf gutem Weg

Die High-Tech-Strategie bestimmt die grundsätzliche Ausrichtung der deutschen Forschungs- und Innovationspolitik. Mit der erneuerten High-Tech-Strategie greift die Bundesregierung die Schwerpunkte „Gesundheit und Pflege“, Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Energie“, „Mobilität“, Stadt und Land“, „Sicherheit“ und „Wirtschaft und Arbeit 4.0“ als wichtige Zukunftsfragen auf.

Im Rahmen dieser Ausrichtung sieht die Strategie auch Investitionen in die Aus- und Weiterbildung sowie in die Innovationsförderung vor. Sie soll auf diese Weise dazu beitragen, die Menschen auf die bevorstehenden Veränderungen durch den technologischen Wandel vorzubereiten.

Allein im Jahre 2018 hat die Bundesregierung über die High-Tech-Strategie 15 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung investiert. Die High-Tech-Strategie ist ein wichtiger Beitrag des Staates, damit unsere Produkte und Dienstleistungen auch zukünftig zur Weltspitze gehören.



AXEL E. FISCHER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790
Fax: 030-227-76677
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

„Die Union hat unterschiedliche Wurzeln und unterschiedliche Ausprägungen, und unser Erfolg und unsere besten Zeiten waren immer dann, wenn wir in der Breite aufgestellt waren.“

(CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer am Dienstag zu den Inhalten der CDU-Parteipolitik)

Apotheken und Versandhandel

Wir arbeiten derzeit an konkreten Regelungen, mit denen wir unsere Apotheken am Ort in Konkurrenz mit dem internationalen Versandhandel mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln am besten stärken und konkurrenzfähiger machen können.

Denn in der Apotheke vor Ort finden pharmazeutische Beratung, Nachtdienste und Notdienste statt. Deswegen haben wir zugesagt, dass wir das Ungleichgewicht nicht hinnehmen, das nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes herrscht: Ausländische Versandapotheken (die sich nicht an den Notdiensten beteiligen müssen) können ihren Abgabepreis frei festlegen und Rabatte geben, während unsere Apotheker sich an die Arzneimittelpreisverordnung halten müssen.

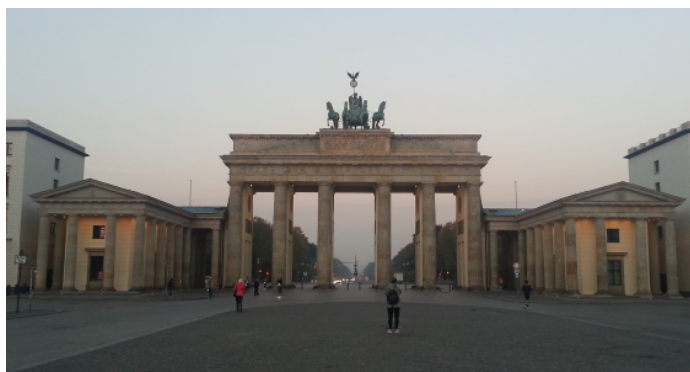
Wir sind uns daher einig, dass diese Ungleichbehandlung zwischen Vor-Ort-Apotheken und ausländischen Versandapotheken dringend behoben muss: Es kann nicht sein, dass sich heimische Apotheken an die Preisbindung halten müssen

und EU-Anbieter unbegrenzt Preisnachlässe und Boni gewähren dürfen. Hier sind wir als Gesetzgeber gefordert, eine gute Lösung zugunsten unserer



einheimischen Apotheken zu finden, damit die Arzneimittelversorgung der Patientinnen und Patienten vor Ort, gerade auch in ländlichen Räumen, weiterhin gut er-

folgen kann. Nun liegen verschiedene Vorschläge auf dem Tisch wie dies am besten erfolgt, über ein Versandhandelsverbot, falls sich dies europarechtlich ermöglichen lässt oder beispielsweise auch über eine Vertragslösung zwischen Kassen und den EU-Versendern.



Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat Mitte Dezember umfangreiche erste Vorschläge zur Reform der Apothekervergütung vorgestellt. Dazu

gehören beispielsweise die Verdopplung des Fonds für Nacht- und Notdienste und zusätzliche Vergütungen für pharmazeutische Dienstleistungen. Daneben sind auch Anforderungen wie die Temperaturkontrolle an den Versandhandel und die Konkretisierung des Botendienstes vorgesehen. Einzelverträge von Kassen mit abweichenden Preisen sollen verboten werden.

Darüber hinaus enthalten die Eckpunkte Überlegungen, mit denen der ausländische Versandhandel geregelt werden soll: Die Höhe der Boni, die ausländische Apotheken beim Versand gewähren dürfen, soll begrenzt werden und zwar auf 2,50 Euro je Packung.

Das Verbot des Versandhandels mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln ist im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Für die Unionsfraktion ist dies weiterhin

ein probates Mittel um die flächendeckende Versorgung mit Apotheken in Deutschland zu erhalten, doch es liegen andere Vorschläge, wie z.B. die Forderung nach der Gleichpreisigkeit, auf dem Tisch.

Alle Vorschläge werden wir nun in den kommenden Wochen prüfen und diskutieren, um eine gute und verlässliche Versorgung durch die Apotheken vor Ort zu erhalten.